

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	56 (1976-1977)
Heft:	4
Artikel:	Von Nasser zu Sadat : Sozialismus, Nationalismus und Pragmatismus in der arabischen Welt
Autor:	Hurni, Ferdinand
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-163194

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von Nasser zu Sadat

Sozialismus, Nationalismus und Pragmatismus in der arabischen Welt

In den späten fünfziger und den sechziger Jahren konnte man die arabischen Staaten in einerseits «revolutionäre», «progressistische», «radikale» und anderseits «konservative» oder «gemässigte» einteilen. Zu der letzteren Gruppe gehörten die Monarchien sowie etwa Libanon und Tunesien, zu den ersten die meisten Republiken mit ihren mehr oder weniger diktatorischen, aus Militärputschen oder Befreiungsbewegungen hervorgegangenen Regimes. Die konservativen Staaten neigten eindeutig nach Westen, die progressistischen eher nach Osten. Die «Revolutionäre» schienen im Vormarsch, die Throne wacklig. Fast alle sich auf den Fortschritt und den Sozialismus berufenden Regimes zeigten eine Tendenz, ihre Revolution zu exportieren, Umstürze in den konservativen Staaten herbeizuführen oder auf Umsturz ausgehende Gruppen zu unterstützen.

Seit einigen Jahren hat sich dieser Gegensatz deutlich abgeschwächt. So etwas wie ein revolutionärer Impetus scheint gegenwärtig nur noch von Libyen auszugehen (wie vielleicht neuerdings wieder von Algerien), oder von Südjemen, das aber vor einiger Zeit beschlossen hat, sein Verhältnis zu Saudiarabien zu «normalisieren». Das irakische Regime, das als eines der radikalsten der Region galt, unterhält seit einer Bereinigung bilateraler Streitpunkte im Frühjahr 1975 (Regelung der Grenzfrage, Einstellung der Unterstützung des kurdischen Aufstands durch den Schah) recht gute Beziehungen mit dem persischen Kaiserreich und hat offenbar auch sein Verhältnis zu Saudiarabien entspannt. Die sich ebenfalls sozialistisch nennende und von der Sowjetunion namentlich auf militärischem Gebiet ebenfalls stark unterstützte syrische Regierung stellt sich bei ihren Eingriffen im Libanon keineswegs auf die Seite der progressistisch-revolutionären Bürgerkriegspartei, sondern bemühte sich zunächst, wenn auch erfolglos, um einen Kompromiss zwischen dem christlichen und dem muslimischen «Establishment», unter anderem wohl aus der Befürchtung, dass die Unruhe ins eigene Land ausstrahlen könnte. Die nicht an der Macht beteiligten arabischen Extremisten (und besonders auch etwa die sich auf Marx oder Mao berufenden Palästinensergruppen wie Habaschs «Volksfront» oder Hawatmehs «Volksdemokratische Front») pflegen schon längst so ziemlich alle republikanischen Regimes als «bourgeois» zu bezeichnen und die These zu propagieren, dass die wahre Revolution erst noch kommen müsse. Am auffal-

lendsten ist die Änderung in Ägypten, das sich unter Präsident Sadat nicht nur mit den Monarchien ausgesöhnt, sondern auch eine Wendung weg von den Sowjets und hin zu Amerika vollzogen hat und im Innern, hauptsächlich was die Wirtschaft betrifft, eine Liberalisierungstendenz zeigt. Hier scheint nicht nur ein Abflauen des revolutionären Expansionismus vorzuliegen, sondern, verglichen mit der Ära Gamal Abdel Nassers, ein Wechsel der politischen Grundlinie.

Revolution

Wesentlich für das Verständnis dieses Wandels ist, dass keines der sich revolutionär nennenden arabischen Regimes jemals im eigentlichen Sinne als «kommunistisch» bezeichnet werden konnte, mögen sie auch bei ihren Versuchen, den «Sozialismus» zu verwirklichen, von populär-marxistischen Ideen beeinflusst sein und in ihrer Einstellung gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten und zum Westen überhaupt von Lenins Imperialismus-Theorie. Ihre Zuneigung zur Sowjetunion war (und ist teilweise noch) unter anderm sicher auch durch ideologische Affinitäten bedingt; diese haben aber ihre Grenzen: denn den arabischen «Revolutionären» schwebt ein eigener «arabischer Sozialismus» vor. Eine nicht geringe Rolle spielt dabei die Rücksichtnahme auf die tiefe Verwurzelung ihrer Völker in der islamischen Religion, deren Gesetze und Vorschriften das herkömmliche Leben viel direkter bestimmen als das Christentum.

Die soziale und wirtschaftliche Revolution im Ägypten Nassers wie auch in andern arabischen Ländern lässt sich nicht im entferntesten mit der Radikalität vergleichen, mit der kommunistische Revolutionäre bestehende Gesellschaften eingeebnet haben. Nassers Revolution richtete sich weitgehend gegen aus der Kolonialzeit herstammendes ausländisches Eigentum sowie gegen ägyptische Wirtschaftspotentaten, denen vorgeworfen wurde, im Dienste des Auslandes zu stehen (und natürlich wurden auch wirkliche oder potentielle Gegner des Regimes Opfer von Enteignungsmassnahmen). Hingegen verwarf Nasser beispielsweise ausdrücklich die Theorie vom Klassenkampf. Grossgrundbesitzern beliess seine Landreform genug Boden, dass sie mit den daraus gezogenen Einkünften bequem weiterleben konnten, ohne ihn selber zu bearbeiten. Im Bausektor etwa oder auch im Handel konnte man nach wie vor reich werden, auch wenn man nicht zur «neuen Klasse» gehörte. Im industriellen Bereich allerdings blieb, da sich hier das Regime an staatswirtschaftliche Doktrinen hielt, für private Initiative kaum Atemraum – und schlecht funktionierende Staatsbetriebe mit aufgeblähter, oft inkompeter und korrupter Verwaltung stellen eine der schwersten Hypotheken in der Hinterlassenschaft Nassers dar.

Panarabismus

Wesentlich ist ferner, dass das Verhalten der «revolutionären» arabischen Regimes nie bloss durch sozialpolitische Vorstellungen bestimmt war, sondern mindestens ebenso stark, wenn nicht viel stärker, durch «nationalistische». Zwar wurde im allgemeinen nicht einzelstaatliche Grösse propagiert, sondern gesamtarabische. In Erinnerung an die Zeiten der grossen Kalifen wurde (und wird oft immer noch) die Idee von einer wiedervereinten arabischen Nation mit wiedererstehender, sich auch die Errungenschaften der modernen Technik zu eigen machender Kultur und Macht in den Vordergrund gestellt. Als Grund für die jahrhundertelange Stagnation arabischen Lebens und das Zurückbleiben hinter der abendländischen Entwicklung erscheint die türkische, dann europäische Fremdherrschaft, und als Hindernisse der Wiedergeburt erscheinen nach dem Ersten Weltkrieg gezogene Staatsgrenzen, die man als Werk der Kolonialisten zum Zweck des «divide et impera» zu bezeichnen liebt, und die Überbleibsel der Kolonialzeit in den Eigentumsverhältnissen, der sogenannte Neokolonialismus. Die «Imperialisten» werden verdächtigt, mit andern (vor allem wirtschaftspolitischen) Methoden eine neue Herrschaft anzustreben. Befreiung von diesen Hemmnissen, volle Unabhängigkeit in jeder Beziehung und Übernahme der Bodenschätze, der Industrie, der Wirtschaft überhaupt, in die eigenen Hände gilt als Voraussetzung neuer Blüte. Der Sozialismus der progressistischen arabischen Regimes war zu einem guten Teil ein Instrument zur Beseitigung der genannten wirklichen oder vermeintlichen Hindernisse eines nationalen Wiederaufstiegs. Daraus ergibt sich, dass diese Revolution eine Spitze gegen den Westen haben musste, und es erklärt sich daraus teilweise auch ihre östliche Schlagseite. (Dasselbe gilt für andere nationalistische Bewegungen in der Dritten Welt; den russischen Kolonialismus haben diese Völker nicht am eigenen Leib erlebt – und die ihn erlebt haben, erleben ihn in sowjetischer Abwandlung weiter.) Nicht nur weil sich Revolution mit Monarchie schlecht verträgt, mussten die arabischen progressistisch-nationalistischen Bewegungen eine besonders scharfe Spitze gegen die Königreiche und Scheichtümer haben, die das ausländische Eigentum lange Zeit unangetastet liessen und angesichts der revolutionären Bedrohung auf westliche Protektion angewiesen waren.

So zeigten die meisten sich auf den Fortschritt und den Sozialismus be rufenden arabischen Regimes eine Tendenz, die ganze arabische Nation in revolutionäre Bewegung zu versetzen. Es stand aber dahinter keine einheitliche Organisation mit einer ausgearbeiteten und von allen anerkannten Ideologie, mit einheitlicher, von einer Zentrale bestimmter Stossrichtung. Das hat es in der arabischen Welt nie gegeben. Die progressistischen

Regierungen warben zwar alle für Sozialismus und panarabische Einheit, und ihre Grundideen deckten sich weitgehend. Doch zugleich machten sich zwischen ihnen immer wieder Rivalitäten und durch eigenstaatliche Interessen bedingte Gegensätze bemerkbar. Angesichts fast ständiger interarabischer Beschimpfungen und Zwistigkeiten konnte (und kann) man sich leicht über die arabischen Einheitsbestrebungen lustig machen. Deren Erfolglosigkeit sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ein Bewusstsein und ein Gefühl arabischer Zusammengehörigkeit nicht nur – wie oft gesagt wird – bei Intellektuellen gibt. Man kann zwar darauf hinweisen, dass diese Gefühle oft von Machthabern aufgepeitscht wurden, die ihre Völker von innenpolitischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten ablenken wollten. Dass panarabische Parolen in weiten Kreisen zu zünden vermögen, lässt aber doch wohl darauf schliessen, dass die Massen zum vornherein darauf ansprechbar sind.

In einem gesamtarabischen Nationalbewusstsein dürfte weitgehend auch die ablehnende Einstellung gegenüber *Israel* fundiert sein (bei den breiten Massen sicher sehr stark auch in der Religion; aber es gibt islamische Staaten, die zu Israel in einem recht guten Verhältnis stehen: in der nicht-arabischen islamischen Welt ist die Palästinafrage im allgemeinen nie zu einem vorherrschenden Thema geworden). Die Grenzen keines bestehenden arabischen Staates sind ursprünglich durch die Gründung Israels tangiert worden. Direkt betroffen waren nur die Palästinenser. Für die arabische Ablehnung des jüdischen Staates spielte und spielt sicher auch verletztes Gerechtigkeitsgefühl eine Rolle, ferner die Angst vor einer Expansion Israels, das allen Juden der Welt offen steht, sowie Befürchtungen, von diesem im Vollbesitz modernen technischen Wissens und Könnens befindlichen Volk wirtschaftlich an die Wand gedrängt zu werden. Vor allem aber erschien der jüdische Staat wie ein die arabische Welt zertrennender Keil und ein unter Missachtung aller Einsprüche hineingesetzter Fremdkörper, und zudem wurde behauptet, er sei ein Vorposten der «Imperialisten» zur Beherrschung der Region oder jedenfalls zum Schutz der dortigen westlichen Interessen.

Das Eindringen der Sowjets

Trotz der gemeinsamen Israelfeindschaft ist es aber eigentlich nie gelungen, einen auch nur die militärischen Nachbarländer des jüdischen Staates einbeziehenden militärischen oder politischen Zusammenschluss dauerhaft zu institutionalisieren. Es kam, abgesehen von der kurzlebigen syrisch-ägyptischen Union (1958–1961), immer nur zu Ad-hoc-Vereinbarungen. Wohl aber personifizierten sich die nationalen Aspirationen arabischer Massen

weitgehend in *einem* Politiker: Gamal Abdel Nasser. Als dieser 1956 den Suezkanal verstaatlichte und es ihm gelang, den Ausgang des zweiten Nahostkrieges in einen ägyptischen Sieg umzumünzen, nachdem die Supermächte die durch den Sinai vorgedrungenen Israeli und die britisch-französischen Invasionstruppen zum Rückzug gezwungen hatten, wurde er nicht nur zum populärsten arabischen Staatsmann, sondern sein Erfolg, der vor allem auch als ein solcher über die europäischen Kolonialmächte und als einschlägiges Vorbild gesehen wurde, gab Anstoss zu einer nicht unbeträchtlichen Verschiebung der regionalen Gewichte: 1958 schlossen sich Syrien und Ägypten zu der, wie erwähnt, allerdings nur kurzlebigen «Vereinigten Arabischen Republik» zusammen. Im Irak wurden die Königsfamilie und der englandfreundliche Premierminister Nuri Said von Militärs unter der Führung Abdel Karim Kassem's ermordet und die Republik ausgerufen. In Libanon versuchten Muslims, von Kairo angestiftet, in einer Art Aufstand eine Hinwendung des unter christlichen Staatschefs traditionell nach Westen blickenden Landes zur arabischen Welt zu erwirken, was eine amerikanische Truppenlandung zur Folge hatte. Bedroht war auch die Monarchie in Jordanien: England gab ihr durch Fallschirmjäger Rückendeckung. Bedeutsam war vor allem der Umsturz im Irak: er riss eine Bresche in das System des Bagdadpaktes, den 1955 England, die Türkei, der Irak, Iran und Pakistan geschlossen hatten und der der Eindämmung sowjetischen Vordringens in den Nahen Osten dienen sollte. Der Ostblock hatte diesen Verteidigungsgürtel allerdings schon vorher quasi übersprungen: durch ein Waffenlieferungsabkommen, das Ägypten 1955 mit der Tschechoslowakei abschloss. Abdel Nasser umging damit ein einige Jahre vorher verhängtes westliches Embargo. Dies, wie seine Weigerung, sich in ein westliches Abwehrsystem einbeziehen zu lassen, war mit ein Grund für die Verweigerung des amerikanischen Finanzbeitrages zum Bau des Assuandammes, worauf dann Nasser mit der Kanal-Nationalisierung reagierte. Der Damm wurde schliesslich von den Russen gebaut. Man kann das Waffenabkommen von 1955 als ein frühes Beispiel der sogenannten Schaukelpolitik Nassers (wie anderer «nichtengagierter» Regierungen der Dritten Welt) nehmen, das heisst der Hinwendung zu derjenigen Grossmacht, von der im Augenblick mehr herauszuholen möglich scheint, verbunden mit der Erwartung, die andere werde, als Gegenzug im Spiel um Einfluss, ebenfalls eine offenere Hand zeigen. Die Amerikaner, in ihrer Aussenpolitik weniger pragmatisch als die Sowjets, haben sich auf solche Versuche Nassers weniger eingelassen. Dies ist einer der wichtigen Gründe dafür, dass Kairo mit der Zeit bedenklich einseitig ins Moskauer Fahrwasser geriet und die Sowjets im Herzen einer Region, die früher als festes westliches Einflussgebiet gegolten hatte, so präsent werden konnten.

Gescheiterte Einigungsbestrebungen

Abdel Nasser hat zwar seit 1956 das Klima in der arabischen Welt sehr stark bestimmt. Aber er vermochte so wenig wie andere panarabistische Revolutionäre die Entwicklung nationalstaatlicher Eigendynamik zu verhindern oder zu überwinden. Im Grunde genommen verschärfte seine panarabische Politik ständig die interarabischen Differenzen. Die Monarchen mussten in Nasser, dessen nationalistische und sozialistische Propaganda so viel Anklang fand, eine ganz besondere, sogar tödliche Gefahr sehen; der massive Einsatz ägyptischer Truppen in Jemen gegen die Anhänger des 1962 gestürzten Imams al-Badr und die ägyptische Hilfe an eine der Revolutionsbewegungen im damals noch britischen Südarabien konnten kaum anders denn als Beginn eines gegen Saudiarabien und zum Golf hin gerichteten Umfassungsmanövers interpretiert werden – übrigens mit auch national-ägyptischen Motiven: Griff eines übervölkerten Staates nach dem grossen Reichtum schwach bevölkter Länder. Widerstand erregte aber Nassers Politik auch im progressistischen Lager. Er war zwar für andere «revolutionäre» Staatschefs Vorbild, zugleich aber auch Konkurrent im Streben nach Führung der panarabischen Bewegung, nach Hegemonie. Die Polemik etwa zwischen Nasser und dem irakischen Diktator Kassem war gelegentlich schärfer als diejenige beider gegen konservative Regierungen. Nasser war übrigens nach dem Scheitern des syrisch-ägyptischen Unions-experiments mit Zusammenschlussprojekten vorsichtiger geworden, auch wenn sie (wie das nebenbei schon 1958 der Fall war) von anderen Staatschefs an ihn herangetragen wurden. Er sah offenbar die durch unterschiedliche Lebensgewohnheiten, Sozialstrukturen und wirtschaftliche Verhältnisse gegebenen Schwierigkeiten deutlicher und erkannte wohl, dass haltbare, nicht mit Zwang durchgesetzte Staatenvereinigungen auch im arabischen Raum allenfalls als Ergebnis längerfristiger Prozesse möglich sind.

Sadat aber lässt den Panarabismus (oder Expansionismus) überhaupt in den Hintergrund treten, was man unter anderm etwa aus seinem Verhalten gegenüber Libyen ablesen kann. In den sechziger Jahren galt es als ziemlich ausgemacht, dass das mit viel Erdöl gesegnete, schwach bevölkerte Reich des Königs Idris nur daher nicht eine Beute Ägyptens wurde, weil es unter der Protektion der USA (die dort eine Luftbasis hatten) und Englands (das dort ebenfalls ein Truppenkontingent unterhielt) stand. Sadat aber zeigte eine durchaus kalte Schulter und liess Strassen sperren errichten, als Ghadhafi im Juli 1973 30000 Libyer zu einem Vereinigungs-Demonstrationszug nach Ägypten in Marsch setzte und sein Land und Volk den Nachbarn förmlich in die Arme werfen zu wollen schien. (Ghadhafi fühlt sich offenbar als der eigentliche Erbe Abdels Nassers. Libyens

Eigengewicht dürfte aber viel zu gering sein, als dass dieser Staat zu einem Zentrum der arabischen Einigung werden könnte. Wohl aber wirken Ghadhafis Propaganda und seine Subversionsversuche, für die reichlich Geld zur Verfügung steht, beunruhigend. Das Verhältnis zwischen Kairo und Tripolis ist dementsprechend schlecht. Die Hinwendung des islamischen Fundamentalisten Ghadhafi zu den Sowjets, die ihm Waffen liefern, ist in erster Linie als ein Versuch zu interpretieren, aus Libyen eine nicht nur finanzielle Macht zu machen.)

Klimawandel

Im Unterschied zur panarabischen Politik Nassers könnte man Sadats Kurs als national-ägyptisch bezeichnen. Und dieser Unterschied lässt sich, mindestens bis zu einem gewissen Grade, auch aus Sadats Verhalten gegenüber Israel ablesen. Nasser war nicht zuletzt auch in seinen Unternehmungen gegen den jüdischen Staat stark von gesamtarabischen Vorstellungen und Ansprüchen bestimmt. Einer der Anlässe für den ägyptischen Aufmarsch im Sinai und das Hineinschlittern in den Krieg vom Juni 1967 war eine angebliche Bedrohung Syriens durch israelische Truppenmassierungen. Abdel Nassers Solidarität und sein Prestige als Führer der arabischen Vormacht waren auf die Probe gestellt. Er liess sich offenbar leicht zu einer Eskalation der Drohung hinreissen, die dann in die Katastrophe führte. Für Sadat aber scheint der panarabische Komplex kein Stimulans zu sein, sondern eher eine Verstrickung, aus der er sich lösen möchte, um freie Hand zur Inangriffnahme spezifisch ägyptischer Probleme zu bekommen, die vor allem wirtschaftlicher Natur sind; freie Hand aber auch zur Wiederherstellung der territorialen Integrität Ägyptens im Sinai. Eine Illustration dazu gibt das Verhältnis Kairos zu Damaskus seit dem Zustandekommen des zweiten ägyptisch-israelischen Teilabkommens im vergangenen Jahr. Die Regierung von Damaskus warf Sadat vor, er lasse Syrien (das ja eine zweite Entflechtung im Golan nicht erreicht hat) im Stich und verrate die arabische (sowie auch die palästinensische) Sache. Sadat schien (und scheint) aber nicht im entferntesten geneigt zu sein, sich dadurch beziehungsweise *nur* dadurch von seinem Kurs ablenken oder gar zu abenteuerlichen Kriegshandlungen verleiten zu lassen. Die Möglichkeit zu einem Überraschungsangriff ähnlich demjenigen von 1973 hat er sich übrigens selber gerade durch die Truppenentflechtung stark verbaut. Der Oktober-Angriff über den Kanal war von langer Hand in aller Stille ganz nüchtern vorbereitet, und zwar vermutlich mit begrenzter Zielsetzung. Er war zwar mit Syrien abgesprochen, dessen Absichten aber, wie es scheint, weniger begrenzt waren. Sadat wollte das Ostufer des Wasserweges zurück-

erobern, um diesen dann ohne Gesichtsverlust wieder öffnen zu können. Ferner wollte er seinem Anspruch auf den Sinai Nachachtung verschaffen und Israel zeigen, dass es an der Waffenstillstandslinie von 1967 keine Ruhe haben könne. Auf die Frage, ob die Begrenzung der ägyptischen Zielsetzungen endgültig sei oder ob die arabischen Staaten, wenn sie einmal die besetzten Gebiete zurückerlangt hätten, nicht doch wieder das Existenzrecht Israels anfechten würden, gibt es allerdings keine einfache kategorische Antwort.

Sadat kann sich der Solidarität mit Syrien und der Rücksichtnahme auf die übrige arabische Welt allerdings nicht ohne weiteres entschlagen. Der Faktor des gesamtarabischen Bewusstseins fällt nicht einfach weg (auch in Ägypten selber nicht, wenn auch in dem durch grosse Wüsten isolierten Niltal der Boden für eine in erster Linie nationalstaatliche Politik besser sein mag als im arabischen Nordosten). Aber ein Reizelement ist jedenfalls bedeutend weniger wirksam geworden: Nassers Führungsanspruch hat seine Konkurrenten immer wieder veranlasst, namentlich auch die Polemik gegen Israel zu steigern. Seither wurde das innerarabische Klima etwas ruhiger. Spannungen bestanden zwar weiter. Aber sie gründeten eher in Interessenkonflikten zwischen Einzelstaaten (so etwa zwischen Syrien und dem Irak um das Euphratwasser, wobei freilich nach wie vor auch Panarabistisch-Ideologisches ins Spiel kommt oder von Bagdad, das dem syrischen Regime im Zusammenhang mit Libanon vorwirft, die Baath-Lehre zu verwerfen, zu Propagandazwecken in den Vordergrund geschoben wird). Als ein solcher Interessenkonflikt kann mindestens zum Teil auch derjenige zwischen Damaskus und Kairo interpretiert werden: Syrien verlangt von Ägypten, dass es ihm den Golan zurückgewinnen hilft; Ägypten liegt aber der Sinai näher.

Bemerkenswert ist, wie wenig Bewegung, zunächst während einiger Zeit, der libanesische Bürgerkrieg – auf dessen sehr komplizierte Hintergründe hier nicht eingegangen werden kann – in der weiteren arabischen Welt hervorgerufen hat. Es bildete sich um dieses unglückliche Land eine Konstellation, die die Abschwächung des Gegensatzes zwischen den progressistischen und den konservativen Regimes bestätigt: der ganz pragmatisch agierende syrische Präsident Asad als Protektor des den ideologischen Prinzipien seiner Baath-Partei alles andere als entsprechenden «bisherigen» libanesischen Systems und eine Art stillschweigende Abstimmung via Washington zwischen Damaskus und Jerusalem betreffend den Einsatz syrischer beziehungsweise von Syrien abhängiger Truppen als Ordnungsmacht. Dieses Eingreifen Syriens und sein Schulterschluss mit Jordanien hat freilich der ägyptischen Gegenpolemik gegen Damaskus zusätzlichen Stoff geliefert: die Anklage des Hegemoniestrebens tauchte wieder auf. Die Sache lässt sich

aber, wie erwähnt, auch anders als nur unter dem Aspekt der interarabischen Führungsrivalitäten sehen. In Kairo musste ein sich im letzten Herbst anzeigendes Anwachsen von Asads Einfluss und Prestige auch deshalb Besorgnis erwecken, weil es zugleich wachsende Massgeblichkeit namentlich auch der syrischen Haltung gegenüber Israel und damit die Notwendigkeit grösserer Rücksichtnahme seitens Ägyptens erwarten liess. Die Entwicklungen im libanesisch-syrisch-jordanischen Bereich zwangen offenbar die ägyptische Regierung, wieder vermehrt über die Niltal-Oase hinauszuschauen, gerade wenn sie weiterhin in erster Linie die nationalstaatlich-ägyptischen Interessen wahren wollte.

Beim Ausbruch des Bürgerkriegs und in dessen ersten Phasen hatte Ägypten – ganz anders als 1958! – die Hand nicht im Spiel. Andere arabische Regimes unterstützten zwar ihre libanesischen oder palästinensischen «Klienten» von Anfang an mit Geld und Waffen. Zum offenen interarabischen Konflikt aber kam es erst, als Asad in immer deutlicheren Gegensatz zum Hauptdarsteller der palästinensischen Bewegung geriet und sich anzuschicken schien, diese ganz unter seine Kontrolle zu nehmen. Diese Auseinandersetzung dreht sich namentlich auch um den künftigen Kurs Syriens gegenüber Israel. Es wurde unter anderm der Vorwurf erhoben, Asad wolle (in «Verschwörung» mit den Amerikanern) die PLO liquidieren, um mit dem jüdischen Staat zu einem Ausgleich kommen zu können. Libyen und Algerien versuchten, eine Versöhnung zwischen Damaskus und Bagdad zu erreichen und den in Schwierigkeiten und Misskredit versetzten syrischen Staatschef in eine Front mit den jüdischen Frieden mit Israel ablehnenden Staaten hereinzu bringen. Kairo verfolgte mit seiner lauten Polemik gegen Damaskus ohne Zweifel einen ganz anderen Zweck: Indem die ägyptische Regierung sich zum Protektor der Palästinenser aufwirft (von denen sie sich vorher, im Gegensatz zu Asad, immer mehr distanziert hatte), leitet sie den Vorwurf des Verrats von sich ab. Eigentlich stellen aber die PLO und ihre Forderungen ein Hindernis für Sadats nationalägyptische Politik dar. Und es kann auch nicht in seinem Interesse liegen, dass Syrien sich eindeutig an das Lager der gegenüber Israel ganz Intransigenten bindet – im Gegenteil!

Beseitigte Steine des Anstosses

Die innerarabische Klimaveränderung ist nicht nur durch die veränderte

Die innerarabische Klimaveränderung ist nicht nur durch die veränderte Haltung Kairos bedingt, und die veränderte Haltung Kairos nicht nur durch die Persönlichkeit Sadats, sondern weitgehend auch eine direkte Folge des Krieges von 1967, die schon Abdel Nasser zu einer Änderung seiner Politik zwang. Die Niederlage Ägyptens wie auch Syriens im Sechstagekrieg brachte

den erdölreichen Monarchen Entlastung. Kairo und Damaskus gerieten in finanzielle Abhängigkeit von Saudiarabien, Kuwait und Libyen (wo damals noch König Idris herrschte). Von da an datierte eine Abschwächung und schliesslich das gänzliche Verstummen ihrer panarabisch-revolutionären Propaganda. Der saudi-arabische König Feisal blieb allerdings vorsichtig. Er hat seit 1967 einiges dazu beigetragen, dass Nasser eine wirksame gesamt-arabische Unterstützung für militärische Unternehmungen gegenüber Israel ebenso versagt blieb wie die gesamtarabische Rückendeckung für eine Friedenspolitik: Ein kriegerischer wie ein diplomatischer Erfolg gegen den jüdischen Staat hätte den «Raïs» wieder gefährlich werden lassen können. Was Sadat und seinen Kurs gegenüber Israel betrifft, so verbieten ihm die Rücksichtnahme auf die nach wie vor für Ägypten wichtigen monarchischen Geldgeber (deren Hand übrigens keineswegs allzu offen ist) ganz schroffe Ausbrüche aus der gesamtarabischen Front. Denn König Feisal stand, unter anderm aus religiösen Gründen, an Intransigenz gegenüber Israel, besonders was etwa die Zukunft Jerusalems betrifft, den arabischen Revolutionären keineswegs nach. Die Haltung seines Nachfolgers Khaled dürfte kaum wesentlich anders sein.

Die Tendenz der progressistischen Regimes, ihre Revolution zu exportieren, richtete sich, wie bereits erwähnt, zu einem guten Teil gegen das Weiterbestehen westlichen Eigentums und westlichen Einflusses in den arabischen Monarchien. Inzwischen haben die Königreiche und Emirate ihre nationalen Reichtümer in die eigenen Hände genommen. Der Westen hat kaum Anstalten gemacht, dies mit Druck oder gar Gewalt zu verhindern. Amerika und England haben übrigens beim Umsturz in Libyen keinen Finger zum Schutz der Monarchie gerührt und dann ihre Präsenz anstandslos beendigt. Steine des panarabischen Anstosses, namentlich die fremden Hände auf den Bodenschätzen, wurden also ohne viel Mühe und vor allem ohne Revolution (abgesehen von Libyen) beseitigt. Die revolutionäre Propaganda verlor ein Angriffsziel. Der Kolonialismus- und Neokolonialismuskomplex hat sich abgebaut – sich aber allerdings teilweise auf eine andere Ebene, diejenige der nord-südlichen Auseinandersetzung um die Weltwirtschaft, verlagert.

Unter anderm auch vor diesem Hintergrund dürfte Ägyptens Hinwendung zum Westen wie auch Sadats Kurs der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung zu sehen sein. Man ist gegenüber dem sogenannten kapitalistischen System unbefangener geworden. Im übrigen erwartet man offenbar in Ägypten – ganz abgesehen davon, dass es dort eine recht lange Tradition der Aufnahme westlichen Bildungsgutes und der Verbindungen nach Europa gibt, aber keine entsprechende Vergangenheit russischen Kultureinflusses – von wirtschaftlich-technischer Zusammenarbeit mit dem Westen mehr als von solcher mit dem Osten. Und schliesslich stellten die

Präsenz Tausender sowjetischer Militärexperten und die sowjetischen Basen im Niltal eine zum mindesten potentielle Bedrohung der Unabhängigkeit dar.

Der Palästinakonflikt

Die Neigungen arabischer Regierungen nach Osten oder Westen waren aber immer in erster Linie mit dem Streit um Palästina verknüpft und sind es zum Teil heute noch. Im Nahen Osten verschränken sich so zwei durchaus verschiedenartige grosse Konflikte: über die arabisch-israelische Auseinandersetzung lagert sich eine solche zwischen den USA und der UdSSR. Der arabisch-israelische Konflikt dreht sich um Palästina. Die Auseinandersetzung der Grossmächte hingegen geht um die ganze Region. Die Frontlinie zwischen West und Ost ist nie zwischen Israel einerseits und den Arabern anderseits verlaufen. Zwar ist und fühlt sich Israel der westlich-demokratischen Welt verwandt und wäre wohl im Fall eines Weltkrieges ein zuverlässiger Verbündeter des Westens. Doch wollte Washington nie eine eigentliche Allianz mit dem jüdischen Staat eingehen oder diesen in ein westliches Verteidigungssystem einbauen, auch wenn ihm Israel die Hand hinstreckte, wie etwa 1970, als sowjetische Piloten über dem Niltal eingesetzt wurden, was die Israeli zu einer Beendigung ihrer durch Abdel Nassers Zermürbungskrieg ausgelösten Abschreckungsbombardierungen im ägyptischen Landesinnern zwang. Die Vereinigten Staaten haben eine Polarisierung des Nahen Ostens immer zu vermeiden gesucht, bei der es geheissen hätte: «Hie, auf der einen Seite, Israel und die USA – dort, auf der andern, die Araber und die Sowjets.» Abgesehen davon, dass dies vermutlich die Spannung und die Gefahr eines direkten kriegerischen Grossmächtezusammenstosses erhöht hätte, musste sich diese Linie der amerikanischen Politik eigentlich ganz natürlich aus dem Umstand ergeben, dass die arabische Seite, das heisst der weitaus grössere und weltstrategisch wie wirtschaftlich wichtigere Teil der Region, immer ein für den Westen mindestens so weit wie für den Osten offenes Feld blieb. Die konservativen arabischen Regimes waren und sind im Grunde auch heute noch prowestlich, jedenfalls scharf antisowjetisch eingestellt, aber zum mindesten einige von ihnen zugleich ebenso scharf antiisraelisch. Die progressistisch-sozialistischen arabischen Regimes waren andererseits nie ganz eindeutig nach Osten ausgerichtet (und heute ist dies allenfalls dasjenige von Aden). Ausschlaggebend für ihre Zuwendung zu Moskau war, wenigstens in den Nachbarstaaten Israels und namentlich in Ägypten, dass die Sowjets Unterstützung im Kampf gegen Israel versprachen, die sie bis zu einem gewissen Grade in Form von Waffenlieferungen und der Entsendung von Ausbildern usw. auch tatsächlich leisteten.

Die sowjetische Nahostpolitik trug aber von Anfang an die Möglichkeit in sich, deshalb in Schwierigkeiten zu geraten, weil sich die Absichten Moskaus und der Araber auf ganz verschiedene Ziele richteten. Den Arabern geht es um Palästina beziehungsweise um die 1967 von Israel eroberten Gebiete. Den Sowjets geht es um Einfluss in der Gesamtregion. Es kann ihnen eigentlich gleichgültig sein, ob Israel etwas grösser oder kleiner ist, ob Jerusalem unter jüdischer oder arabischer Herrschaft steht. Vom reinen Interessenstandpunkt aus gesehen, kann ihnen kaum etwas daran liegen, dass die Araber ihre Ziele erreichen. Eine Zerstörung Israels wie eine beide Seiten befriedigende Regelung des Palästinakonflikts würde ihre Hilfe an die Araber zum Kampf gegen den jüdischen Staat überflüssig machen. Im übrigen haben die Sowjets fast keine Möglichkeit, auf Israel einzuwirken: Direkte russische Beteiligung an einer Aggression gegen den jüdischen Staat würde die amerikanische Kriegsmacht auf den Plan rufen; nichtmilitärische wirksame Mittel der Druckausübung auf Jerusalem fehlen Moskau, da Israel von der Sowjetunion in keiner Weise abhängig ist.

Der Kurs Washingtons

Es dürfte vor allem auch die Einsicht in diese Gegebenheiten gewesen sein, die Präsident Sadat veranlasste, eine Schwenkung zu den Vereinigten Staaten hin zu vollziehen. Im Gegensatz zu Moskau hat Washington Möglichkeiten der Ausübung von Druck auf Israel: es kann Bremsung der Finanzhilfe und der Waffenlieferungen androhen. Auf diese Karte setzt Sadat, trotz dem Stillstand, der seit Abschluss des zweiten Sinai-Abkommens eingetreten ist, allem Anschein nach weiterhin. Und im Fall entsprechender Angebote könnte möglicherweise auch Asad, sofern er durch die libanesische Verwicklung nicht in unüberwindliche innenpolitische Schwierigkeiten gerät, darauf setzen. Sadat wählte merkwürdigerweise für die Ausweisung der russischen Militärexperten, mit der er im Sommer 1972 seine Abwendung von der Sowjetunion einleitete, einen recht ungünstigen Moment. Amerika reagierte zunächst nicht, vor allem wegen der bevorstehenden Wahlen. Auf die neue Situation einzugehen begann Washington schliesslich erst richtig nach dem Oktoberkrieg von 1973 und dem Einsatz der sogenannten arabischen Erdölwaffe. Staatssekretär Kissinger vollzog aber eigentlich nicht eine Wendung der amerikanischen Nahostpolitik, sondern führte eine frühere Linie weiter, allerdings unter stärkerer Berücksichtigung der arabischen Wünsche und mit ungemein viel intensiverem und energischerem persönlichen Einsatz als sein Vorgänger. Amerika hat Israels Anspruch auf die 1967 besetzten Gebiete oder Teile davon nie formell gut-

geheissen. Es ging zwar auf gewisse arabische Forderungen, wie diejenige nach bedingungslosem Rückzug der Israeli vor Inangriffnahme der eigentlichen Friedensregelung nicht ein, da es Israels Sicherheitsbegehrungen nicht einfach in den Wind schlagen kann. Die amerikanische Palästinapolitik läuft aber offenbar doch darauf hinaus, den jüdischen Staat für die Araber dadurch akzeptabel zu machen, dass er, mit den nötigen Absicherungen und Garantien, auf seine ursprünglichen, allenfalls an Stellen, wo der Verlauf ganz absurd ist, geringfügig zu verschiebenden Grenzen zurückgeführt wird. Würde ein solcher Zustand erreicht, mit dem sich die arabischen Nachbarstaaten zufriedengeben könnten, und hörte das Weiterschwelen des Palästinakonfliktes auf, verlören die Sowjets das Hauptvehikel ihres Vordringens in den Nahen Osten. Anderseits gewinnt der Westen mit seiner Berücksichtigung arabischer Wünsche arabische Sympathien. Das weckt in Israel Misstrauen gegenüber westlichen Garantieversprechen und gibt der Forderung sicherer, das heisst erweiterter Grenzen immer wieder Auftrieb. Es ist dies einer der nahöstlichen Circuli vitiosi.

Amerikas und besonders Kissingers Wirken im Nahen Osten seit dem Sechstagekrieg kann als eine Art Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion mit diplomatischen Mitteln bezeichnet werden. Für die Eventualität eines gewaltsamen sowjetischen Vorrückens liegt zwar im Mittelmeer ein amerikanisches Abschreckpotential bereit. Die Reizschwelle für ein Losgehen seiner Kanonen ist aber offenbar recht hoch. Seit dem Suezkrieg von 1956 und den Interventionen von 1958 in Jordanien und Libanon hat keine äussere Macht mehr ihre Streitkräfte direkt gegen einen oder in einem Staat der Region eingesetzt (sofern man die Aufstiege russischer Piloten über Ägypten 1970 nicht für einen solchen Einsatz nehmen will). Aus dem bisherigen Verhalten der Vereinigten Staaten kann man vielleicht schliessen, dass für sie der Casus interventionis wohl nur im Fall einer direkten russischen Mitwirkung bei einem Angriff auf Israel (oder auch wenn die Araber Israel einer eigentlichen Niederlage nahebrächten) sowie bei Versuchen, den sowjetischen Einflussbereich in der arabischen Welt gewaltsam zu erweitern, gegeben wäre. Zu militärischen Drohgesten Amerikas kam es in Form einer Bewegung der 6. Flotte nach gewissen Einmischungs-Andeutungen Kossygins während des Juni-Kriegs von 1967; dann im September 1970, als Syrien sich anschickte, mit sowjetischen Panzern die Palästinakämpfer in Jordanien vor der Zerschlagung durch Husseins Armee zu retten; und schliesslich erfolgte eine amerikanische Bereitstellung während des Oktoberkrieges von 1973. Auf die bis 1971 immer stärker werdende sowjetische militärische Präsenz in Ägypten hat Amerika nie mit besonderem Zeigen seiner Waffen reagiert, und eine Drohung blieb auch beim erwähnten Einsatz russischer Piloten über dem Niltal aus. Die

sowjetischen Militärs standen auf Einladung der Kairoer Regierung in Ägypten: eine gewaltsame Erweiterung des Einflussbereiches lag also nicht vor.

Die Haltung der Vereinigten Staaten scheint der Offenheit des nahöstlichen Feldes zu entsprechen. Im Unterschied etwa zu Indochina lässt sich der arabisch-israelische Konflikt überhaupt nicht und lassen sich auch die inner- und interarabischen Auseinandersetzungen nicht in das Schema Kommunismus-Nichtkommunismus fügen. Was die Grossmächte betrifft, ist der Nahe Osten zweifellos ein Objekt ihrer Politik. Aber die östliche Macht wurde dort nie von irgend jemandem vorwiegend aus ideologischer Überzeugung auf den Plan gerufen, sondern vielmehr pragmatisch, aus Zweckmässigkeitsgründen. Die Vereinigten Staaten scheinen mit ihrer Vermittlungspolitik im Palästinakonflikt sich unter anderem darum zu bemühen, dass solche Gründe dahinfallen. In Ägypten hat sich gezeigt, dass schon eine einigermassen fundierte Erwartung, der Zweck könnte mit Hilfe der andern Macht eher erreicht werden, eine Wendung fördern kann. Ob diese dauerhaft ist, dürfte freilich stark von den weiteren Entwicklungen um Palästina abhängen.

So wenig wie die USA den Aufbau der sowjetischen Präsenz im Niltal mit Gewalt zu verhindern suchten, so wenig hat sich die Sowjetunion 1971 Sadats Aufforderung zum Abzug ihrer Militärs widersetzt. Man kann sich freilich fragen, ob eine solche Sache auch dann so reibungslos abliefe, wenn keine amerikanische Kriegsmacht vorhanden wäre. Zwischen den sich gegenseitig in Schach haltenden Mächten aber haben die Staaten der Region ganz beträchtlichen aussenpolitischen Spielraum, und dementsprechend hängt es wohl weitgehend von ihnen selber ab, ob die Beruhigung weitergeht oder ob die Spannungen sich wieder verschärfen.

Dass besonders die Regierungen von Israels Nachbarstaaten Realismus an den Tag legen, kann Anlass zu Hoffnungen geben (die in der Palästinafrage ganz intransigenten Staaten liegen bezeichnenderweise mehr oder weniger weit vom Schuss). Es ist aber nicht ausser acht zu lassen, dass es in allen arabischen Ländern extremistische Elemente gibt, welche finden, die wirkliche Revolution müsse erst noch kommen und dass für sie der Boden möglicherweise immer günstiger wird, weil die sozialen und wirtschaftlichen Probleme (unter anderm infolge des Bevölkerungsdruckes) immer grösser werden. Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung aber wäre innere Stabilität ...